



Unruhige Zeiten

Das Jahr 2020. Ein Jahr, dass es von Anfang an in sich hatte. Viele Blitzlichter gehen einem hier durch den Kopf. Ausschreitungen in der Silvesternacht, Rosenmontag Volkmarsen, Blumenkübel Frankfurt, Hinterhalt Dietzenbach, Polizeibashing Esken, TAZ, Gewalt gegen Polizei, Rücktritt LPP, Rassismusvorwürfe, Opernplatz, A 49, NUK und immer wieder Corona.

Die dunkle Wolke COVID-19 überschattete bereits nach kurzer Zeit alle anderen Ereignisse.

Durch die ansteigenden Fallzahlen entschloss man sich in diesem Frühjahr zum Lockdown, was sich auf unser gesamtes öffentliches Leben auswirkte. Selten wurde klarer, wie zerbrechlich unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft sind. Für die Umsetzung der Verordnungen sind Gesundheits- und Ordnungsämter zuständig, die Polizei in Amtshilfe, wenn's nötig wird.

... und es wurde nötig

Eins steht fest: „Die Polizei hat es wieder rausgerissen, auch wenn in den oberen Etagen noch kein roter Faden in der COVID-19-Bekämpfungsstrategie erkennbar war.“

Die Polizei, als Grundpfeiler unserer verfassungsmäßigen

Ordnung, holt regelmäßig die Kastanien aus dem Feuer. Als Partner im Aufbau des Corona-Bürgertelefons der Staatskanzlei wie auch in der Umsetzung auf der Straße: ohne Polizei geht nichts.

Auch wenn die Polizei oft und gerne hilft, so ist hierbei wenig Unterstützung seitens der Politik oder der Justiz erkennbar. Politische Entscheidungen werden nicht hinreichend in alle Bevölkerungsschichten kommuniziert und die Justiz und die Gerichte lassen oftmals die gewünschte Konsequenz im Umgang mit Straftätern vermissen. Straftaten dürfen sich nicht lohnen. Hier gibt es noch viel zu tun.

Corona machte einen Spagat zwischen Familie und Beruf in bisher unbekanntem Ausmaß nötig.

Die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen durch Freunde und Verwandte wurde zum Problem. Gleichzeitig war die Einhaltung der Abstände im Dienstbetrieb fast unmöglich.

Die Bevölkerung verhielt sich aufgrund der schwer einschätzbaren Situation selbst sehr kooperativ und besonnen.

... auch das ist jetzt vorbei

Als wären Querdenker-Proteste, gewalttätige Gegenproteste, Gewaltorgien mit Angriffen

auf Polizistinnen und Polizisten auf öffentlichen Straßen, Plätzen, in den Wäldern und auf allerlei Privatfestivitäten nicht genug, so lassen uns fortwährende Anfeindungen seitens Politik, Medien und staatsfeindlicher Teile der Gesellschaft in diesem Jahr nicht zur Ruhe kommen.

Ruhe

- > Ruhe, die wir alle jetzt so dringend brauchen.
- > Ruhe, um aufzuatmen.
- > Ruhe, um Kraft zu tanken.
- > Ruhe, um mit Hoffnung aufzublicken und sich zu orientieren.
- > Ruhe, um sich der Gesundheit, der Familie und Freunden zu widmen.

Wertschätzung – NUR mit uns!

Wir stehen als DPoIG Hessen bedingungslos und unabhängig allen Angehörigen der Polizei bei.

Mit unserer Kampagne „DPoIG – Wertschätzung NUR mit uns!“ machte es in Hessen den Anfang. Die DPoIG-Familie nimmt mit der DPoIG-Kampagne „Polizei wertschätzen“ den

Faden auf und bringt das Thema bundesweit nach vorne.

Das ist kein Selbstzweck. Wir, die DPoIG Bund, die DPoIG Hessen möchten damit allen Kolleginnen und Kollegen von Herzen für die gezeigte Hingabe und Aufopferung danken und wir werden uns dafür einsetzen, dass der systemrelevante Beruf der Polizei die verdiente Wertschätzung erfährt.

DANKE!

Ich wünsche euch allen die Ruhe, den langen Atem und die Kraft, um hoffnungsvoll nach vorne zu blicken. Eine frohe und gesegnete Weihnachtszeit und einen gesunden und glücklichen Start ins neue Jahr 2021 für euch und eure Lieben wünscht euch

euer Engelbert Mesarec



Impressum:

Redaktion:
Alexander Glunz (V. i. S. d. P.)
DPoIG-Landesgeschäftsstelle:
Otto-Hesse-Straße 19/T3
64293 Darmstadt
Tel. 06151.2794500
Fax 06151.2794502
E-Mail: glunz@dpolg-hessen.de
ISSN 0723-1830

Namentlich, als Kommentar oder anders gekennzeichnete Veröffentlichungen spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und der DPoIG Hessen wider.



> Multitool



Aktivisten und Polizei Die Polizei im Kreuzfeuer der Diskussion

Aktuell besetzen Aktivisten im Dannenröder Forst einige Bäume und selbst gebaute Dreibeine (Tripods), die die Rodungsarbeiten verlangsamen sollen. Mutig werfen sie sich den Rodungsmaschinen entgegen und riskieren ihr Leben für die Erhaltung des Waldes und für unser aller Zukunft.



© PP/Mittelhessen/Twitter

Wirklich? Schauen wir mal genauer hin!

■ Aktivisten

Wir erleben aktuell, dass in den Medien immer wieder von Aktivisten die Rede ist. Diese Menschen, die sich selbst diese Bezeichnung zuschreiben, wähnen sich auf der moralisch richtigen Seite. Abweichende Ansichten werden nicht geduldet. Hier geht es auch nicht um den Wald.

Noch mal zur Klarstellung: „Der friedliche Protest ist eine in unserer Demokratie vorgesehene Form der Meinungsäußerung. Meinungen, die von der eigenen abweichen, kann man gut aushalten. Minimalkonsens ist hierbei die Gewaltfreiheit.“

Hier kommen die Aktivisten ins Spiel. Eine kleine Internetrecherche betreffend der Herkunft und der Nutzung des Wortes „Aktivisten“ lässt bereits erahnen, dass dieses Wort gerne durch totalitäre Regime genutzt wurde. Es hört sich eben einfach gut an.

Auf Internetplattformen finden sich regelmäßig Aufrufe zu Krawalltourismus, die auf Seiten wie indymedia.org angekündigt und gefeiert werden. Viel Spaß bei der Recherche.

Unnötig zu erwähnen, dass man sich als politisch Verfolgter sieht.

Bei den fortgesetzten Angriffen auf Polizei und beim Abspringen an den Autobahnbrücken im Oktober wurden andere Menschen in Lebensgefahr gebracht. Bei dem Verkehrsunfall beispielsweise wurde ein Mensch schwer verletzt. Einen Zusammenhang mit ihrer Tat sehen diese Menschen nicht. Ein Journalist, der einem dieser Kletterer das Mikrofon vor die Nase gehalten hat, bekommt zur Antwort auf die Frage wegen der zumindest moralischen Verantwortung:

„Nein, eine Tragödie bestenfalls“, aber verantwortlich sieht man sich nicht.

Hier heiligt der Zweck die Mittel. Der Wald steht hierbei natürlich nicht im Vordergrund. Die Zielsetzung ist hier die fortgesetzte Begehung von Straftaten, vornehmlich gegen die Polizei.

Albert Schweitzer: „Humanität besteht darin, dass niemals ein Mensch einem Zweck geopfert wird.“

Diesen Pfad haben die polizei-feindlichen Banden bereitwillig verlassen.

Diese Menschen riskieren bereitwillig das Leben und das Eigentum anderer. Die Verantwortung für die eigene Gesundheit wird hier gerne in die Hand der Polizei gelegt. Kommt es bei Bergungsaktio-

nen zu Unfällen oder Verletzungen wird reflexhaft der Polizei die Verantwortung zugeschoben.

... auch hier: „Selbstreflexion? – Fehlanzeige!“

Mut sieht anders aus. Mutig wäre es sicherlich, ein selbstbestimmtes und selbst finanziertes Leben zu führen.

Wir fordern daher die Schließung aller Rückzugsräume für Straftäter und konsequentes Handeln der Justiz und der Gerichte, damit spürbar wird, dass sich Straftaten nicht lohnen.

■ Rückzugsraum – Örtlichkeit

Vom konkreten Rückzugsraum ist die Rede aktuell im Dannenröder Forst oder, aus der jüngeren Vergangenheit im Spesartviertel in Dietzenbach. Hier tauchen Straftäter bei ihren Hinterhalten genauso schnell auf, wie ab. Die Ghettoisierung in Dietzenbach muss beendet und die dadurch entstandenen Rückzugsräume jetzt geschlossen werden.

Dazu zählen die Aufhebung der städtebaulichen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte und die Ausschöpfung des maximal möglichen Strafrahmens. Auch vor Ausweisungen darf man in diesem Zusammenhang nicht zurückschrecken.

Die Durchsetzung richterlicher Beschlüsse, wie in der Berliner Liebigstraße 34, die immer wieder Ausgangspunkt für geplante strafbare Aktivitäten staats- und polizei-feindlicher Rechtsbrecherinnen und Rechtsbrecher war, bleiben die Ausnahme.

■ Rückzugsraum – friedliche Demonstranten

In allen Demonstrationen und Versammlungen gilt die absolute Gewaltfreiheit.

An lebensgefährdende Steinwürfe, Zwillengeschosse und ekelerregende Attacken mit Fäkalien werden wir uns niemals gewöhnen. Hier ist es besonders wichtig, dass Solidarisierungseffekte mit den friedlichen Demonstranten vermieden und den gewalttätigen Gruppen keine Rückzugsräume geboten werden. Hier sind alle friedlichen Menschen gefragt, um die verfassungsrechtliche Legitimation einer politischen Versammlung nicht zu gefährden. Die schweigende Mehrheit will den friedlichen Protest. Importierte Gewalttäter aus anderen Staaten (siehe Indymedia.org) dürfen hier keinen Anschluss finden.

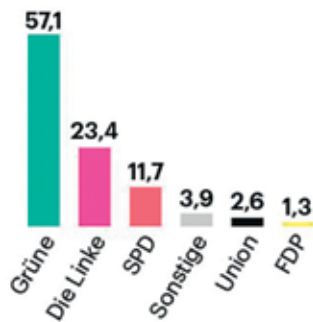
■ Rückzugsraum – Gesellschaft

Darüber hinaus sind hier die politischen Rückzugsräume ein nicht wegzudenkender Raum, da es Parteien wie den Grünen



Die Volo-Wahl

Wenn am Sonntag nur die Volontär*innen der ARD wählen würden, dann sähe das so aus (in Prozent):



© Aufrissjournalist (11./2020)

> „Journalist“-Grafik zur Volo-Wahl

oder den Linken nach wie vor nur schwerlich gelingt, die Angriffe auf Polizeiangehörige zu ächten und zur Gewaltfreiheit aufzurufen.

Wir erleben täglich in der Politik eine Verzerrung des allgemeinen Meinungsbildes gegen unsere Kolleginnen und Kollegen. Der überwiegend größte Teil der Bevölkerung ist mit 86 Prozent mit der Polizei und ihrer Arbeit im Großen und Ganzen zufrieden. Dieser in der breiten Gesellschaft getragene Konsens scheint in der Politik niemanden zu interessieren. Es entsteht ein Klima, in dem einzelne randalierende Straftäter für ihre fortgesetzten Angriffe auf Polizei, Feuerwehr, Rettungs- und Ordnungskräfte die Legitimation ihres Handelns ableiten. Für dieses Klima sind die politischen Parteien in weiten Teilen mitverantwort-

lich, da im politischen Schlagabtausch gerne die Polizei als Prellbock herhalten muss.

Wie lässt es sich sonst erklären, dass im dringlichen Antrag Weiterbau der BAB 49: Ergebnis des rechtsstaatlichen Verfahrens respektieren (Drucksache 20/4072), die eigene Regierung den Landtag zu folgendem Beschluss bringen will:

1 ... Gleichzeitig ruft er alle Beteiligten zu Deeskalation und Gewaltfreiheit auf.

Die hessische Polizei/die deutsche Polizei leisten in Sachen taktischer Kommunikation – auch in geschlossenen Einsätzen – Wegweisendes. Damit verbunden ist eine hohe Expertise bei der Deeskalation. Wer sich jedoch kreischend und lärmend den Worten der Polizei verwehrt, muss eben die poli-

zeilichen Maßnahmen über sich ergehen lassen. Hier jedoch einen derartigen Beschluss herbeizuführen, ist absolut unangemessen. **Einer Täter-Opfer-Umkehr erteilen wir eine klare Absage.**

Die Rolle der Medien ist in vielfacher Hinsicht schwierig.

Zum einen ist nachvollziehbar, dass medienwirksame Straftaten die Schlagzeilen bestimmen, da dies in der Medienwelt für Auflagen sorgt. Zum anderen ist eine Beobachtung, die nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand bemerkt wird, diese, dass die Medienschaffenden einen immer stärkeren Linksdrahl spüren. Ein Umstand, der sich in einer jüngsten (nicht repräsentativen) Umfrage innerhalb der ARD gezeigt hat.

■ Fazit

Für die Gesamtsituation trägt die Politik den Löwenanteil. Der Politik muss es gelingen, ihre Entscheidungen, ihre Gesetze und Verordnungen allen Teilen der Bevölkerung so zu erklären, dass diese es verstehen. Die Deutung muss eindeutig und unmissverständlich sein. Bildung ist hier eine Schlüsselkompetenz, ohne die es schwierig wird. Die Vermittlung von Rechtskunde, Werten und Moral muss einen höheren Stellenwert erhalten. Dies gilt auch für Seiteneinsteiger in un-

sere Gesellschaft. Diese müssen bei schwerwiegenden oder wiederholten Verstößen gegen unsere Gesetze ihren Weg wieder zurück in ihre Heimat finden. Hier hat man bereits zu viel Rücksicht auf die Integrationsunwilligen genommen.

Polizeiintern sind wir mit allen Kolleginnen und Kollegen auf einem sehr guten Weg. Wir müssen noch den Fokus auf weitere Ausbildung, Ausrüstung und vor allem auf den Gesundheitsschutz legen.

Die hohen Infektions- und Verletzungsrisiken, gepaart mit der außerordentlich hohen Stundenbelastung müssen sich endlich in der Geldbörse auswirken.

Aus diesem Grund sind wir seit langer Zeit an den Sachthemen, aber auch an dem Thema **Wertschätzung** dran.

Eine Kampagne, die wir seit einem Jahr verfolgen. Die DPoIG Bund hat dieses Thema jetzt noch mal im November massiv nach vorne gebracht. Wertschätzung bedeutet auch Verlässlichkeit der Berufsvertretung. Wir als DPoIG Hessen stehen mit breiter Brust für das hohe Vertrauen in Angehörige unseres Berufsstandes. Wir legen höchsten Wert auf unsere politische Unabhängigkeit und vertreten in allen Bereichen einen Standpunkt pro Polizei.

Weder lassen wir aktuell von unseren Forderungen zur Erhöhung der Wertschätzung ab, noch richten wir uns als Steigbügelhalter für die parteipolitischen Ambitionen von Funktionsträgern auf Bundesebene aus.

Die DPoIG Hessen ist damit – **erneut** – die einzige verlässliche Partnerin aller Kolleginnen und Kollegen.

Wertschätzung – NUR mit uns!
#polizeiwertschätzen

Engelbert Mesarec



© dpa / MDR Britsant

> Um gegen den Ausbau der nördlich von der A 3 gelegenen A 49 zu protestieren, hatten sich Umweltschützer von einer Autobahnbrücke abgeseilt.



> Weihnachtsgeschenke 2020 der DPoIG

Funktional, hochwertig, für den täglichen Dienst, aber auch privat zu gebrauchen, das sollte das Weihnachtsgeschenk 2020 der DPoIG Hessen für ihre Mitglieder sein.

Viele Möglichkeiten und Vorschläge wurden besprochen. Letztendlich entschied man sich für ein 15-teiliges Multitool. Vertrieben wird das Multitool, welches in einer Neoprentasche mit DPoIG-Aufdruck geliefert wird, von der Firma Schwarzwolf. Diese ist Outdoorfans durch hohe Qualität und gute Produkte bekannt. Durch die Kreisverbände wird das Weihnachtsgeschenk an die Mitglieder verteilt. Ebenso erfolgt die Verteilung der bekannten DPoIG-Wand- und Taschenkalender der auf demselben Wege. Sollte ein Mitglied kein Weihnachtsgeschenk oder Kalender erhalten haben, bitte direkt an den jeweiligen Kreisverband wenden, dort kann man bestimmt weiterhelfen.

Mit dem Geschenk hofft die DPoIG ihren Mitgliedern eine kleine Freude bereiten zu können.



> 15-teiliges Multitool für den Dienst, aber auch privat gut zu gebrauchen.



© DPoIG Hessen (2)

„Witzig“

**Was ist der Unterschied zwischen einem Sozialisten und dem heiligen St. Martin?
Der heilige St. Martin hat seinen eigenen Mantel geteilt!**

„Zitiert“

Ich werde Weihnachten in meinem Herzen ehren und versuchen, es das ganze Jahr hindurch aufzuheben.

Charles Dickens

> Verschiebung der Landeshauptvorstandssitzung

Eigentlich sollte am 5. November im Saal Florenz im Polizeipräsidium Mittelhessen die Sitzung des Landeshauptvorstandes der DPoIG Hessen stattfinden. Aber Corona und die Einsatzlage A 49 Dänneröder Forst machten dieses unmöglich. So hat sich der Landesvorstand entschieden, die Sitzung des Landeshauptvorstandes gemäß Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie in das nächste Jahr zu verschieben. Aus verschiedenen Gründen ist aber eine Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren über

> den Kassenabschluss 2019/ Kassenbericht 2020

> Haushaltsvoranschlag 2021

> Kassenprüfung-Entlastung

für sinnvoll erachtet worden.

Deshalb sind den Delegierten schriftliche Unterlagen sowie ein Abstimmungsschreiben zugesendet worden.

Weiterhin gab es eine Videokonferenz-Schaltung zwischen dem Landesvorstand und weiteren Organen der DPoIG Hessen, an der die jeweiligen Kreisvorsitzenden teilnehmen konnten.

Ein genauer Termin für die Präsenzveranstaltung der Landeshauptvorstandssitzung steht noch nicht fest, wird aber frühzeitig bekannt gegeben.

> Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag

Der Landesvorstand der DPoIG Hessen gratuliert allen Geburtstagskindern des Monats Dezember.

Unseren erkrankten Kolleginnen und Kollegen wünschen wir eine baldige gute Genesung und keine bleibenden gesundheitlichen Schäden!

Die DPoIG Hessen wünscht allen Dienst- und Gewerkschaftsjubilaren Glück, Gesundheit, viel Erfolg und alles Gute!

Aus datenschutzrechtlichen Gründen, verzichten wir auf die persönliche Namensnennung.



© DPoIG Hessen